

(15.03.2017 –22.03.2017)

Grüner Pressespiegel

Kreisverband

22.03.2017 - Mijatovic (Grüne): Nazi-Sprüche der AfD aufklären

„Die Fragen von nationalsozialistischer Gesinnung in der Kasseler AfD-Fraktion müssen dringend geklärt werden. Nazi-Sprüche sind kein Kavaliersdelikt.“ sagt Boris Mijatovic, Sprecher der Kasseler Grünen. Die gestern in der Frankfurter Rundschau vorgestellten Indizien zeigen deutlich, dass gegen die AfD-Funktionäre schwere Vorwürfe im Raum stehen. „Die Vorwürfe gegen Herrn Werl, zurzeit Fraktionsvorsitzender der AfD im Kasseler Stadtparlament, sind handfest und zeigen eine radikale Grundhaltung, die mit unserer demokratischen Ordnung nicht vereinbar ist. Wer sich so äußert, will den Staat autoritär und national umbauen. Eine glaubhafte Distanzierung zu diesen Vorwürfen hat es von Herrn Werl und den anderen Funktionären der AfD bislang nicht gegeben.“ sagt Mijatovic. Die Menschen hätten jedoch das Recht zu erfahren, ob die AfD-Spitze der Ideologie des Nationalsozialismus anhängt.

Die Einladung an Beatrix von Storch zeige, dass die Kasseler AfD einer rechtsnationalen und extremen Gesinnung zuneigt. „Frau von Storch ist mit menschenfeindlichen Parolen schon sehr oft aufgefallen. Die Einladung kann also kein Zufall sein.“ sagt Mijatovic. Wer sich diese Figur ins Haus hole, wolle keine ernsthafte Politik machen sondern noch mehr Sprüche klopfen und willkürlich andere Menschen verunglimpfen. „Mittlerweile sind die Aussagen der AfD-Spitze bei öffentlichen Auftritten fast immer hoch-aggressiv. Gruppenbezogene Hetze ist dabei fester Bestandteil der sprachlichen Gewaltspirale. Diese Frau ist nur ein weiteres Beispiel einer äußerst gefährlichen Ideologie, die bei der AfD die Führung innehat.“

Karin Müller, MdL

21.03.2017 - Neues hessisches Investitionsprogramm macht Schulen fit für die Zukunft

Die Kasseler Landtagsabgeordnete der GRÜNEN, Karin Müller, begrüßt die Investitionen in die Schulen, die das Land Hessen im Landkreis Kassel und der Stadt Kassel ermöglicht. Aus dem neuen Kommunalen Investitionsprogramm (KIP II) könne der Landkreis mit Mitteln in Höhe von voraussichtlich rund 17,9 Millionen Euro rechnen und Kassel mit voraussichtlich rund 29,6 Millionen Euro. Diese Mittel können für die Modernisierung und Erweiterung der Schulen eingesetzt

werden. Auch das neue Programm zeige, dass in Hessen Bildungsinvestitionen Vorrang genießen: „Wir wollen gute und moderne Schulen, die unseren Kindern all das mitgeben können, was sie für die sich wandelnde Welt brauchen“, kommentiert Müller.

In die hessischen Schulen fließt mit dem KIP II insgesamt mehr als eine halbe Milliarde Euro. Wie schon beim ersten Kommunalen Investitionsprogramm (KIP I) ergänzen sich auch jetzt ein Bundes- und ein Landesprogramm. „Während die Kommunen aus dem ersten Programm neben Schulen auch andere Vorhaben finanzieren konnten, sind diesmal die gesamten Mittel ausschließlich für Schulgebäude vorgesehen“, erläutert Müller. Die Kommunen tragen einen Eigenanteil von 25 Prozent bei, die das Land zunächst über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen als Darlehen zur Verfügung stellt und dabei einen großen Teil der Zinsen übernimmt. „Wir sehen gemeinsam den Bedarf und ziehen beim Schulbau an einem Strang.“

„Überall müssen Schulen renoviert und auf den neuesten technischen Stand gebracht werden. Neben nötigen Verbesserungen von dem Schulklo bis zur Mensa, vom Medienraum bis zum Pausenhof, ist dabei ein Aspekt die energetische Gebäudesanierung: Schulen, die auf dem neuesten Stand der Energieeffizienz sind, sparen für die Schulträger bares Geld und sind ein entscheidender Beitrag zum Klimaschutz. Auch für den Ausbau ganztägiger Angebote, sowohl im Rahmen des Pakts für den Nachmittag, als auch für die Ausweitung der rhythmisierten Ganztagschule, müssen die Schulen baulich fit gemacht werden. In den Ballungsräumen kommt hinzu, dass dort die Kapazitäten erweitert und viele neue Schulbauten für eine junge, wachsende Bevölkerung errichtet werden müssen“, erläutert Müller. Da sich das Bundesprogramm nur an finanzschwächere Kommunen richte, sei die Ergänzung aus Landesmitteln für jene hessischen Kreise und Städte, die über eine vergleichsweise hohe Finanzkraft verfügten, sehr sinnvoll.

Die GRÜNEN begrüßen, dass das Land Hessen seinen Programmteil bereits konzipiert habe, bevor das Gesetzgebungsverfahren im Bund abgeschlossen sei: „Wir sind schnell und wollen möglichst bald alle Voraussetzungen für den Programmstart schaffen. Das heißt natürlich auch, dass wir unsere Pläne notfalls noch anpassen müssen.“

Rathausfraktion

20.03.2017 - Das neue Schülerticket verbindet – mit Bildung, mit Freunden, in ganz Hessen – für einen Euro am Tag

„Das landesweite Schülerticket ist ein echter Meilenstein, dass Bildung nicht am Geldbeutel der Eltern scheitert“, sagt Boris Mijatovic, jugendpolitischer Sprecher der grünen Rathausfraktion in Kassel. „Wenn bisher Schulfahrten auch ein Kostenthema waren, so ist mit der hessischen Lösung ein großer Wurf gelungen.“ Gerade Schülerinnen und Schüler aus dem ländlichen Raum würden dieses Angebot praktisch zu schätzen wissen. Mit diesem Ticket könnten auch außerschulische Angebote wie sportliche, musikalische oder weitere kulturelle Einrichtungen sehr viel einfacher besucht werden. „Ein Euro pro Tag für ganz Hessen. Das fördert den regionalen Austausch der Schülerinnen und Schüler. Ein Angebot, um das uns schon heute andere Regionen sehr stark beneiden“, ist Mijatovic sicher.

Karin Müller, MdL

17.03.2017 - Landesweites Schülerticket: Ganz Hessen für einen Euro am Tag: Riesenfortschritt für grünen Verkehr

Der größte Fortschritt für den umweltfreundlichen Verkehr seit Gründung der Verkehrsverbände in Hessen ist das heute von Verkehrsminister Tarek Al-Wazir vorgestellte landesweite Schülerticket aus Sicht der GRÜNEN im Landtag. „Ein Ticket für Bus und Bahn in ganz Hessen, für einen Euro am Tag, für alle Schülerinnen und Schüler, für Auszubildende und für alle im Bundesfreiwilligendienst: Das ist ein echter Meilenstein für die Mobilität junger Menschen“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Statt auf Stadt oder Landkreis begrenzter Angebote können alle 840.000 Schülerinnen, Schüler und Auszubildende jetzt ein preisgünstiges Ticket nutzen, das auch außerhalb der Schulzeit, an den Wochenenden und in den Ferien über die Grenzen der Kommune hinweg gilt. Neben dem Weg zur Schule oder Ausbildungsstätte können sie damit auch den Weg ins Schwimmbad, zur Party oder zum Wochenendausflug mit dem umwelt- und klimafreundlichen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zurücklegen, statt auf das Elterntaxi angewiesen zu sein.“

„Nicht nur für uns GRÜNE geht mit dem Erfolg des Verkehrsministers ein lang gehegter Traum in Erfüllung – auch viele Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern haben sich so ein einfaches und preisgünstiges Angebot lange gewünscht“, so Müller weiter. „Das Angebot gilt ab dem Schuljahr 2017/18, kostet 365 Euro im Jahr und gilt auch in Mainz. Alle Schülerinnen und Schüler, die bisher Anspruch auf Erstattung ihrer ÖPNV-Fahrkarte hatten, bekommen

künftig auch die Kosten des Schülertickets erstattet. So ein Angebot ist bundesweit einmalig.“

Niemand wird gezwungen, das Ticket zu kaufen. „Wer weiterhin zu Fuß gehen oder mit dem Fahrrad oder Auto fahren will, kann das tun. Mit dem Schülerticket wird die Nutzung von Bus und Bahn aber deutlich attraktiver. Wir hoffen deshalb, dass das Elterntaxi öfter mal in der Garage bleibt. Das hilft auch, den Verkehr auf den Straßen zur morgendlichen Stoßzeit gerade in den Ballungsräumen zu entlasten und die manchmal lebensgefährlichen Verhältnisse rund um die Schulen zu befrieden. Und es nutzt erwiesenermaßen auch den jungen Menschen, wenn sie sich nicht von den Eltern von der Haustür zur Schulporte chauffieren lassen, sondern selbstständig den Weg zur Schule bewältigen.“